

Solidarität der Starken

Pflegereform: „Pläne reichen nicht“, FR-Wirtschaft vom 2. Juni

Die Regierung hat ein Pflegereformchen auf den Weg gebracht, das mehr Kosmetik des Pflege-notstands ist als eine wirkliche Lösung für die Belange der Pfleger und Krankenschwestern, im Grunde nur eine minderwertige Beruhigungsspielle für die Betroffenen vor den Wahlen. Und finanziert werden soll das Ganze wie immer äußerst einfallreich durch eine Erhöhung der Krankenkassenbeiträge, d.h. zahlen muss es am Ende wieder der „kleine Mann“. Das ist zweifellos ungerecht, unsolidarisch und unanständig.

Dabei gäbe es, und die Politiker wissen das sehr wohl, eine ganz einfache Lösung zur Finanzierung einer großen Gesundheits- und Pflegereform, die den Namen auch verdient: Eine Bürgerversicherung, in die alle einzahlen, und zwar nach der Höhe ihres Einkommens, ohne Deckelung und Beitragsbemessungsgrenze und ohne Wahlmöglichkeit zwischen gesetzlich und privat als Fluchtmöglichkeit der Besserverdienenden in einen unseriösen, unverschämten niedrigen Beitragstarif. Eine Gemeinschaft funktioniert nur durch *Solidarität* der Starken mit den Schwachen!

Herbert Maier, Tettenweis



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet unter frblog.de/lf-20210614

Was tun für Insekten? Bronski baut seinen Garten um. Kräuter, Blühpflanzen, Totholz – lesen Sie hier: frblog.de/garten-x

Kretschmers tiefer Griff in die Klischeekiste

Zum Interview mit dem sächsischen Ministerpräsidenten: „Die Grünen spalten dieses Land“, FR-Politik vom 10. Juni

Die CDU blockiert ohne eigene Vorschläge

Herr Kretschmer ist entsetzt darüber, „wie grüne Politiker den Kompromiss [zum Kohleausstieg] aufkündigen wollen“. Er sollte sich daran erinnern, dass es eine unionsgeführte Bundesregierung war, die ohne Not den Ausstieg aus der Kernenergie aufgekündigt hat und dann in der Not nach Fukushima eine teure Kehrtwende vollzogen hat. Ein vorgezogener Kohleausstieg wird aus zwei Gründen kommen: Der Kompromiss genügt nicht dem Urteil des Verfassungsgerichts zum Klimaschutz, und Kohlestrom wird vor 2038 unwirtschaftlich im Vergleich zu regenerativen Energien werden. Da ist es nur folgerichtig, dies jetzt klar zu benennen.

Kretschmer nennt statt Braunkohle das Wohnen und den Verkehr als Optionen zur CO₂-Einsparung, ohne konkret zu werden. Gerade in diesen beiden Feldern versagt seine eigene Parteienfamilie: Das Verkehrsressort ist seit mehr als zehn Jahren unionsgeführt, und es gibt beim Verkehr keine CO₂-Reduktion gegenüber dem Stand von 1990. Im Gegenteil, Minister Scheuer hat eigentlich die Pflicht, jetzt nachzusteuern, um das vorgegebene Einsparungsziel für 2021 noch zu erreichen, überlässt diese Aufgabe jedoch der nächsten Regierung.

Beim Wohnen hat die Union gerade einen Vorschlag, Sanierungskosten zur Wärmedämmung auf Mieter und Vermieter zu verteilen, blockiert, ohne einen eigenen Vorschlag zu machen, wie die Sanierung sozialverträglich erreicht werden kann. Und zu den Vorwürfen, die Grünen seien eine Klientelpartei: Was anderes als Klientelpolitik sind die Blockaden der Unionsparteien bezüglich der europäischen Richtlinie zur Tabakwerbung, der Lebensmittel-

ampel, dem Umbau der Agrarsubventionen, der Reduktion des Flottenverbrauchs von Autos?

Tilmann Böß, Hanau

Woher weiß Kretschmer, was das Volk will?

Nun wirft Ministerpräsident Kretschmer den Grünen vor: „Sie schauen nicht auf Volkes Meinung“. Dabei missachtet er den Auftrag des Grundgesetzes, demzufolge Parteien an der Willensbildung mitwirken. Und wie erfährt man, was das Volk will?

Zum Kohlekompromiss. Kretschmer: „Ein Kompromiss, ein Wort in der Politik – das muss gelten“. Die Bundestagsmehrheit von CDU/CSU und FDP allerdings sah das anders und kündigte den Atomkonsens von Rot-Grün im Jahr 2010 auf. Die Atomkraftwerke erhielten zusätzliche Strommengen und zusätzliche Betriebsjahre – acht bis 14 Jahre. Nach der Katastrophe von Fukushima Rolle rückwärts: Die Laufzeitverlängerung wurde zurückgenommen.

Zu Optionen der CO₂-Einsparung mit Hinblick auf Braunkohle: Die geißelt er, aber der Hinweis auf Wohnen und Verkehr ist vage. Sollte nicht die Produktion von SUV beendet werden? Energie einsparen bei Wohnungen: wird nur gefördert, wenn man einen Energieberater beauftragt, was teurer ist als der Zuschuss zu einer Kleinmaßnahme eines Wohnungs-/Hausbesitzers. Kluge Idee?

Wie sollen die 400 Milliarden Euro (Kosten der Pandemie) von unserer Generation zurückgezahlt werden, wenn keine Steuern erhoben werden? Zu denken wäre an eine Vermögenssteuer, wie sie von der Regierung Kohl noch erhoben worden war, für Super-Millionäre bzw. Milliardäre, an Eintreibung der Steuern von Steuerflüchtlingen oder Strafverfolgung der Cum-Ex-Steuerbetrüger etc.

Und an Haftung von Ministern für Fehlentscheidungen – Minister Scheuer, Minister Spahn?

Eine Entschuldigung für die Sammlung von Informationen und Daten von Abgeordneten durch den sächsischen Verfassungsschutz wäre das Mindeste gewesen. Die Löschung der Daten reicht nicht und ist selbstverständlich. Der stellvertretende Ministerpräsident wurde ausspioniert. Der Verfassungsschutzpräsident Sachsens sollte als Bauernopfer entlassen werden, so wie viel zu spät der Verfassungsschutzpräsident der BRD. Dessen Nähe zu Rechten, bzw. zum Rechtsextremismus ist auf S.5 der FR vom 10.6. im Artikel „Seit' an Seit' mit Radikalen“ ausführlich dargelegt. Weil es in Deutschland noch Pressefreiheit gibt und auch die öffentlich-rechtlichen Sender, erfahren Interessierte solche Tatbestände.

Berichten Sie weiter in der FR über Missstände. Leider berichten die meisten Medien nicht darüber, schon gar nicht so ausführlich.

Edeltraud Schnegelsberg, Darmstadt

Die CDU regiert, aber die Grünen sind schuld?

Geht noch mehr Holzschnitt? Einzig die „boshafte“ SPD sowie die „Verbotspartei“ Grüne sind schuld an den hohen Zustimmungswerten der AfD! Dass Herr Kretschmer ausgerechnet bei einem Interview mit der FR dermaßen tief in die Klischeekiste greift, lässt mich doch erstaunt den Kopf schütteln. So wenig hätte ich ihm dann doch nicht zugetraut! Nichts, aber auch gar nichts hat er zur eigenen Rolle hervorgebracht, auch nichts zur Zukunft in Sachsen! Wie wäre es denn mal statt plumpen Beschimpfungen anderer mit eigenen Ideen und Konzepten?

Barbara Erben-Wunder, Hamburg

Diskussion: frblog.de/cdu-2021

FR ERLEBEN

Andreas Schwarzkopf moderiert

„Ende der post-sowjetischen Stabilität? Protest, Repression, Krieg“. Darüber diskutieren Vera Rogova und Mikhail Polianskii von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung sowie Azer Babayev von der Uni Baku. Sie können die Debatte verfolgen auf dem Youtube-Kanal der hessischen Heinrich-Böll-Stiftung: boell-hessen.de/YouTube
Dienstag, 29. Juni, 19 Uhr

Pitt von Bebenburg und **Hanning Voigts** moderieren das FR-Stadt-

gespräch „Ein Jahr nach Hanau – Kampf dem rassistischen Terror“ mit Armin Kurtovic (Vater des getöteten Hamza Kurtovic), Nancy Faeser (SPD), Omid Nouripour (Grüne) und Newroz Duman (Initiative 19. Februar Hanau). Die Zahl der Gäste ist begrenzt. Registrieren Sie sich auf fr.de/anmeldung mit dem Stichwort „Hanau“. Negativer Corona-Test oder vollständiger Impfnachweis ist vorgeschrieben. Die Veranstaltung wird live übertragen auf fr.de/eventvideo
Dienstag, 29. Juni, 19 Uhr
Haus am Dom, Domstr. 3, Frankfurt

Claus-Jürgen Göpfert spricht

mit dem Historiker Florian Weis über das Thema „Daueropposition? Die Labour Party nach der neuen Wahlniederlage“. Hybride Veranstaltung, Zugangsdaten unter club-voltaire.de
Dienstag, 1. Juli, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstr. 5, Frankfurt

Impfen? Dass ich da noch nicht drauf gekommen bin!

Pandemie: „Weil Impfen einfach schlauer ist“, FR vom 29. Mai, und „Den Antikörperstatus berücksichtigen“, FR-Wissen vom 11. Juni

Unsere Regierung hat einen wirklich ausgeklügelten Plan

Ich sehe ganzseitige Anzeigen in meiner Zeitung. Ganz langsam wird mir klar, was ich gegen Corona tun kann. Natürlich! Ich soll mich impfen lassen! Das ich da noch nicht drauf gekommen bin? Was für ein ausgeklügelter, raffinierter Plan, den sich unsere Regierung da ausgedacht hat: Impfen! Und den sie für sehr viel Geld kommuniziert. Aber die paar Millionen für PR, was ist das schon gegen die Unsummen, die als Schmiergelder für Maskendeals kassiert oder einfach so in den Sand gesetzt wurden.

Ja, impfen – tolle Idee. Da tritt doch so ein winziges Detailproblem völlig in den Hintergrund: Spahn & Co. haben zu wenig Impfstoff bestellt. Sonst wär schon vor Monaten alles geregelt gewesen. Aber ich will nicht über Kleinigkeiten meckern, ist ja

schließlich bald Bundestagswahl. Da darf man nicht am falschen Punkt sparen ...

Harald Klausmann, Groß Gerau

Wer sich nicht impfen lässt, ist also dumm?

Mein Standpunkt zur Anzeige des Gesundheitsministeriums: Wird hier die Meinung von Ranga Yogeshwar oder die des Gesundheitsministers wiedergegeben? Wenn es schlauer ist, sich impfen zu lassen, bedeutet das im Umkehrschluss, dass diejenigen, die sich nicht impfen lassen wollen, aus welchen Gründen auch immer, dümmer sind. Aus meiner Sicht ist es für den Zusammenhalt in einer solidarischen Gesellschaft nicht schlau, eher gefährlich, auf diese Weise auf- und abzuwerten. Die zunehmende Spaltung in Zeiten der Pandemie wird durch derartige Äußerungen verstärkt. Gerd Glöckner, Mühlheim

Nicht im Einklang mit der Stiko-Empfehlung

Ich bin 73 Jahre alt, treibe regelmäßig Sport und bin so leidlich gesund, war vor 15 Monaten mit Covid-19 infiziert (PCR-Nachweis) mit mittelschweren Symptomen (hohes Fieber, Abgeschlagenheit, Müdigkeit, starke Kopfschmerzen, Sensibilitätsstörungen auf der Kopfhaut, Geschmacksstörungen, leichtes Husten, insgesamt etwa drei Wochen lang). Eine Testung auf IgG-Antikörper gegen Sars-CoV-2 ergab zwölf Monate nach der Infektion einen Titer von neutralisierenden Antikörpern von >250. Nach allem, was man von RKI und Stiko über die Rückbildung von Antikörpern und entsprechende Impfeempfehlungen liest, bin ich doch sehr irritiert. Mein Hausarzt sowie ein Mediziner des Testlabors und ein Virologe (Prof. an der Bremer Universität) raten mir ab, mich zum jetzi-

gen Zeitpunkt impfen zu lassen, um „überschießende Impfreaktionen zu vermeiden“. Ich habe mich bisher – mit einem unguuten Gefühl – an diese Empfehlung gehalten, die allerdings nicht im Einklang steht mit der Stiko, für die die Höhe der Antikörper kein Kriterium zu sein scheint für ihre Impfeempfehlung für Genesene.

Den Forderungen von Sabine Ax kann ich mich deshalb nur mit ganzem Nachdruck anschließen: Es müsste eine Risikoabwägung der Stiko erfolgen zwischen möglichen Impfreaktionen bei hohem Antikörpertiter und dem Risiko einer neuerlichen Covid-Infektion. Und es müsste die Höhe des Antikörpertiters (wenn vorhanden auch mit positiver PCR-Testung) für die Dokumentation der Immunität im CoV-Pass oder im Impfpass Berücksichtigung finden. Wilhelm Hüls, Bremen

Diskussion: frblog.de/kinderimpfen